Nummer 308

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jögler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Sonnabend, 5. Juli 1930

Die Ursachen des Lübecker Kindersterbens.

Amtliche Darstellung der bisherigen Untersuchungsergebnisse. — Strafverfahren gegen die verantwortlichen Aerzte.

Vor Pressevertretern berichtete heute mittag der Direktor vom Reichsgesundheitsamt, Professor Dr. Haendel, über den Stand der Untersuchungen hinsichtlich der Ursachen des Lübecker Kindersterbens. Diese Untersuchungen bewegen sich nach drei Richtungen: 1. nach der Richtung einer etwaigen Virulenzsteigerung, 2. nach der Richtung einer etwaigen Verwechslung der Calmette-Kulturen und 3. nach der Richtung einer eventuellen Verunreinigung der Kulturen. Sämtliche Untersuchungen nach allen Richtungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Es dürften vielmehr voraussichtlich noch weitere vier Wochen vergehen, ehe das vollständige abschließende Ergebnis der Untersuchungen vorliegt. Immerhin scheint sich nach den Ausführungen Professor Haendels schon jetzt ergeben zu haben, daß der Leiter des Lübecker Krankenhauses, Professor Deycke, am 26. April, als er durch eine Obduktion zum erstenmal Verdacht wegen der Schädlichkeit des Calmettestoffes schöpfte, die im Krankenhaus befindlichen sogenannten Auffschwemmungen, d. h. Fütterungsstoffe, vernichtet hat, **dagegen es unterlassen hat, das an die Hebammen ausgegebene Fütterungsmaterial zurückzuziehen.** Professor Haendel betonte jedoch, daß die bisherigen Untersuchungen keinen Anhaltspunkt für etwaige Vertuschungsversuche der Lübecker verantwortlichen Aerzte ergeben haben. Das Reichsgesundheitsamt habe vielmehr von den betreffenden Aerzten jede geforderte Unterstützung und jeden geforderten Aufschluß erhalten. Bei den Untersuchungen in Lübeck waren regelmäßig auch Vertreter der Gerichtsbehörde zugegen.

Wie verlautet, hat die Staatsanwaltschaft gegen Professor Deycke, den Leiter des Krankenhauses, Professor Klotz, den Leiter der Kinderabteilung, Obermedizinalrat Altstädt, den Leiter des Lübecker Gesundheitswesens sowie gegen die Laboratoriumsschwester des Professors Deycke das strafrechtliche Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Fast täglich: Polnische Luftspionage über deutschem Gebiet!

Königsberg, 5. Juli.

Wie aus Goldap gemeldet wird, haben am Freitag nachmittag sechs polnische Flugzeuge ostpreußisches Gebiet überflogen. Sie nahmen Kurs über Serteggen-Pabbeln - Pablindszen - Gollubien und bogen über den Ablerfelder See wieder nach der polnischen Grenze ab. Trotz beträchtlicher Höhe konnten die Abzeichen der Flugzeuge mit dem Fernglas unzweifelhaft als polnische erkannt werden.

Oesterreichische Steuererhöhungen zur Unterstützung der Landwirtschaft.

Wien, 5. Juli.

Dem Finanzausschuß des Nationalrates, der gestern nachmittag nach mehrfachen Besprechungen der Mehrheitsparteien und nach wiederholten Sitzungen des Ministerrats zusammentrat, wurde an Stelle der Mehlauflage als Hilfsmaßnahme für die Landwirtschaft eine Vorlage unterbreitet, die eine Biersteuer von rund vier Groschen pro Liter, eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer um 0,2 Prozent auf 2,2 Prozent und eine Erhöhung der Zuckersteuer um rund 20 Groschen pro Kilogramm vorsieht. Der Halbjahresertrag dieser Steuern wird auf 18 Millionen Schilling für die erhöhte Zuckersteuer und auf je 11 Millionen Schilling für die Biersteuer und die Warenumsatzsteuer veranschlagt, so daß als Hilfskredit für die Landwirtschaft 40 Millionen Schilling für das Halbjahr zur Verfügung stehen würden. Das Gesetz soll auf ein Jahr, also bis Ende Juni 1931, beschränkt werden.

— Der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Marktverhältnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Handelsklassengesetz, Standardisierungsgesetz) sowie der Entwurf des Gesetzes betr. Aufhebung des Reichsausgleichsamts wurden vom Reichskabinett in seiner heute vormittag abgehaltenen Sitzung verabschiedet.

— Gegen Bemängelungen an der Höhe der Versorgungssätze der Reichswehr, der sich zur Zeit auf 73 Mill. Mark beläuft und gegenüber dem vergangenen Jahr eine Steigerung von 9 Mill. Mark aufweist, wird vom Reichswehrministerium darauf hingewiesen, daß sich diese Höhe bzw. Steigerung zunächst einmal aus dem verhältnismäßig kurzen Bestehen der Reichswehr erklärt und zweitens daraus, daß noch immer Tausende von entlassenen Reichswehrmannschaften und Unteroffizieren auf die versprochene Anstellung im Staatsdienst warten und daher Versorgungsgebühren empfangen müssen.

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der Handel mit dem Osten

(Nr. 27)

Erst Vertragsrevision, dann Europadebatte!

Vorab zur Mussolini-Erklärung.

New York, 5. Juli.

Wie „Herald Tribune" aus Washington erfährt, erklärte Senator Borah zu den Aeußerungen Mussolinis über Vertragsrevisionen, daß er stets die Ansicht vertreten habe, Europa werde nur dann in dauerndem Frieden leben, wenn die Revision des Versailler Vertrages und anderer Friedensverträge erfolge. Das Bestreben, diese Verträge unverändert aufrecht zu erhalten, sei eine der Haupthindernisse einer europäischen Union.

*

TU Genf, 5. Juli.

Wie die TU hört, wird die Antwort der italienischen Regierung auf die Briand-Denkschrift im wesentlichen einen ablehnenden Charakter tragen. Die italienische Regierung soll, wie verlautet, entgegen dem Vorschlag Briands die Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Fragen von jeder politischen Einflußnahme fordern, und ferner hervorheben, daß eine europäische Staateneinigung kein wirtschaftlich sich selbst genügendes Gebildedarstellen könne. Das außerordentliche Anwachsen der europäischen Industrien in der Nachkriegszeit mache vielmehr einen starken Ausbau und eine engere Verknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen Europas zu den außereuropäischen Absatzgebieten notwendig. Die Bildung einer europäischen Staateneinigung trage die Gefahr eines Gegensatzes und der Absonderung Europas von den außereuropäischen Staaten in sich.

Die italienische Regierung scheint in gleicher Weise wie die holländische Regierung die Auffassung zu vertreten, **daß zur Zeit einem europäischen Staatenbund noch unüberbrückbare Hindernisse entgegenstehen die im wesentlichen auf europäische Grenzziehungen der Nachkriegszeit zurückzuführen sind.** Die italienische Regierung dürfte sich damit auf den Boden der Erklärung Mussolinis in seinem letzten Artikel stellen, in dem zum erstenmal öffentlich die Forderung auf Revision der Kriegsverträge erhoben worden ist.

Die Stimme Eupen-Malmedys.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Lütticher Provinzialrates land u. a. die Erörterung des Antrags Wigny (Kath.) und Genossen auf Gewährung einer Beihilfe an die Waisenhäuser der Provinz, die ihre Pflegebefohlenen zur Lütticher Weltausstellung führen, die bekanntlich ebenso wie die Ausstellung in Antwerpen aus Anlaß der belgischen Hundertjahrfeier veranstaltet wird. Die drei Vertreter der Christlichen Volkspartei Eupen-Malmedy-St. Vith stimmten dem Antrag zu und begründeten dies wie folgt:

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Zustimmung keine Anerkennung des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes unserer Gebiete bedeutet.

Wir werden im Gegenteil, getreu dem Programm der Christlichen Volkspartei, in Uebereinstimmung mit unseren Wählern und der überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung nicht aufhören, für Eupen, Malmedy und St. Vith eine neue, regelrechte Volksbefragung zu verlangen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Erklärung, die der Provinzialrat mit gespannter Aufmerksamkeit anhörte und mit tiefem Stillschweigen aufnahm, in Belgien Unbehagen auslösen wird. Sie wird aber die Welt daran erinnern, daß vor nunmehr zehn Jahren an Eupen und Malmedy Unrecht geschah, dessen Wiedergutmachung noch immer aussteht.

Kabinettssitzung über den Briandplan

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag den Reichskanzler zum Vortrag über die politische Lage. Im Anschluß daran fand eine Kabinettssitzung statt, die sich neben einer Reihe laufender Angelegenheiten mit der Frage der deutschen Antwort auf das Briandsche Paneuropa-Memorandum beschäftigte. Es handelt sich vorläufig jedoch nur sozusagen um die erste Lesung dieser Angelegenheit. Voraussichtlich wird das Kabinett sich heute darauf beschränken, Richtlinien für die Ausarbeitung der Antwort aufzustellen. Ein abschließender Beschluß ist voraussichtlich erst Mitte nächster Woche nach der Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages zu erwarten.

*

Lloyd George sieht Kriegsgefahr.

Die wertlosen „Friedenspakte".

TU London, 5. Juli.

Auf einem Festessen der nationalen Kirchengemeinden in Bournmouth hielt Lloyd George eine Rede, in der er u. a. erklärte, daß die Zukunft der Menschheit von einer vollen Verständigung zwischen England und den Vereinigten Staaten abhänge. **In allen Ländern der Welt würden gegenwärtig Vorbereitungen für einen Krieg getroffen.** Europa, Asien und Amerika besäßen heute eine größere Anzahl ausgerüsteter Mannschaften als vor dem Weltkrieg. Außer Deutschland und anderen Ländern, die zur Abrüstung gezwungen wurden, sei England das einzige Land, das seine Streitkräfte freiwillig auf die Vorkriegsstärke herabgesetzt habe. Es seien Pakte geschlossen und Verträge unterzeichnet worden, in denen es heiße, daß nie wieder Krieg sein dürfe. Gleichzeitig würden aber große Summen ausgegeben für einen Fall, der nie eintreten solle. Die Zeit ist da, wo die Kirche eingreifen müsse.

Der Handelsvertrag mit Rumänien vom Ausschuß angenommen.

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstags behandelte heute unter dem Vorsitz des Abg. Graf Westarp (Dnatl.) zunächst das **deutsch-rumänische vorläufige Handelsabkommen.**

Abg. **Hemeter** (Dnatl.) begrüßte in dem Entwurf, daß keine Tarifabreden getroffen sind. Der Entwurf sei aber ein reiner Meistbegünstigungsvertrag.

Solange noch Verträge mit Zollbindungen für agrarische Produkte laufen und nicht die volle Zollautonomie zurückgewonnen ist, sei der vorliegende Entwurf für die Deutschnationalen unannehmbar.

In der Ablehnung würde der Redner gestärkt durch den Artikel 3, der ein Verbot des Erlassens von Ein- und Ausfuhrverboten festlegt. Auf der Genfer Konvention war seinerzeit ein solches generelles Verbot vereinbart worden. Glücklicherweise hat Polen diese Genfer Vereinbarung nicht ratifiziert, wodurch das Abkommen nicht in Kraft getreten ist. Dadurch wurde Deutschland von diesem unheilvollen Verbot befreit. Es könnte aber die Möglichkeit bestehen, das Verbot auf dem Umweg der Meistbegünstigung doch einzuführen, weshalb die Deutschnationalen das deutsch-rumänische Handelsabkommen ablehnen müßten, weil es das Verbot wieder enthalte. Deutschland kann zum Schutze seiner heimischen Produktion bei der jetzigen Weltlage auch auf das Mittel der Ein- und Ausfuhrverbote keinesfalls verzichten.

Ministerialdirektor Dr. Ritter (Auswärtiges Amt) entgegnete, wenn der Standpunkt des Abg. Hemeter (Dnatl.) sich auch bei den Vertretern der Industrie durchsetzen würde, prinzipiell jeden Handelsvertrag abzulehnen, weil das Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen darin enthalten sei, so würde jede weitere Handelsvertragspolitik unmöglich werden.

Abg. **Schneider** (Dpp.) wandte sich gegen die einseitige Interessenpolitik für die Landwirtschaft, wie sie der deutschnationale Abgeordnete vertreten habe. Selbstverständlich müßten in der deutschen Handelspolitik auch die Interessen der Landwirtschaft auf das Ernsteste gewahrt werden, aber man dürfe darüber nicht das Gesamtwohl vergessen.

In der Abstimmung

wurde das deutsch-rumänische vorläufige Handelsabkommen gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Christlichnationalen Bauernpartei und der Kommunisten, bei Stimmenthaltung der Bayerischen Volkspartei von der Mehrheit des Ausschusses angenommen.

Der Gesetzentwurf über den Freundschaftsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich des Hedjas, Nedjd und der zugehörigen Gebiete wurde vom Ausschuß genehmigt. Gleichfalls angenommen wurde der Gesetzentwurf über den **deutsch-persischen Freundschaftsvertrag,** das deutsch-persische Niederlassungsabkommen und das deutsch-persische Handels-, Zoll- und Schiffahrtsabkommen.

Es folgte eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob bei der demnächstigen Behandlung des

Gutachtens des Reichswirtschaftsrats über Zollerhöhungsvorlagen für industrielle Erzeugnisse

der handelspolitische Ausschuß lediglich den Preis der vom Reichsrat in Betracht gezogenen Anträge beraten soll oder ob darüber hinaus der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags von sich aus weitere Anträge stellen kann.

Die sozialdemokratischen Redner waren der Meinung, daß sich die Arbeiten des Handelspolitischen Ausschusses auf das Gutachten des Reichswirtschaftsrats selbst zu beschränken habe.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Rechten erachteten es demgegenüber für selbstverständlich, daß es jedem Ausschußmitgliede freistehe, über den Rahmen des Reichswirtschaftsratsgutachtens und des Reichsrats hinaus neue Anträge zu stellen, sich also nicht nur auf diejenigen Anträge des Reichstages zu beschränken, die auch der Reichsrat genehmigt hat. Eine Beschlußfassung über diese geschäftsordnungsmäßige Frage wurde jedoch nicht herbeigeführt.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Sozialdemokratie und Rheinlandbefreiung.

do Dresden, 4. Juli.

Im allgemeinen haben sich auch die sozialdemokratischen Zeitungen Sachsens, die sich sonst durch einen gewaltigen Radikalismus auszeichnen, bei den Rheinlandfeiern etwas zurückgehalten, wenn sie es auch mit mehr oder weniger großem Geschick versucht haben, an diesem großen nationalen Feuer der Rheinlandbefreiung ihr armseliges Parteisüppchen zu wärmen. Eine besonders unrühmliche Ausnahme aber macht die sozialdemokratische „Volkszeitung für das Vogtland", Nr. 150 vom 1. Juli, in der ein Leitartikel ihres Chefredakteurs Dr. Claus Zweiling unter der Ueberschrift „Deutschland frei?" abgedruckt ist, worin es u. a. heißt:

„Als der letzte französische Soldat im Eisenbahnzug saß, marschierte mit klingendem Spiel über die Mainzer Rheinbrücke die auf der anderen Seite schon vorher aufgestellte Polizei in die Stadt ein. An die Stelle französischer Soldaten traten deutsche Polizeibeamte. An die Stelle der einen Staatsgewalt trat die andere. An die Stelle der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Profitinteresse der deutschen Bourgeoisie. Das Volk hat gejubelt, als die Schupo in Mainz einmarschierte, von allen Künsten einer schlauen nationalen Regie geleitet. Es heißt, daß den tiefsten Eindruck auf die Zuhörer gemacht habe, daß die militärischen Kommandos nun nicht mehr in der zwölf Jahre gehörten, unverständlichen fremden Sprache, sondern in der vertrauten Muttersprache gegeben wurden. Wir verstehen das. Solche Dinge beeinflussen das Gemüt der Menschen häufig so stark, daß es die Oberhand gewinnt über das politische Denken. Und daß diesem Effekt der Boden bereitet wurde durch zwölf Jahre fremder Besatzung am Rhein — das ist das wahre Verbrechen der Rheinlandbesetzung. Aber wir fragen die deutschen Arbeiter, die sich von diesem Gefühlsmoment übermannen ließen, ob sie noch jubeln werden, wenn dieses in ihrer Muttersprache gegebene Kommando von der Schupo fordern wird, daß auf demonstrierende, auf gegen die Not maßloser Ausbeutung rebellierende Arbeiter geschlagen und geschossen werden soll? — Auch wir begrüßen den Abmarsch der Besatzungsarmee, aber aus einem ganz anderen Grunde als die, die da gestern jubelten und tobten. Wir begrüßen ihn, weil nun endlich der nationalen Demagogie in Deutschland, der Volksverhetzung zu Nutz und Frommen der Kapitalsprofite ein wohlgedüngter Boden entzogen worden ist. Nicht mehr wird der deutsche Bourgeois mit den übertriebenen und verlogenen Schauermärchen von der schwarzen Schmach am Rhein, von dem unter der Knute des französischen Militarismus seufzenden Vaterland hausieren gehen, die Spießer schrecken und die Arbeiter verwirren können. Nicht mehr werden die deutschen Ausbeuter und ihre Staatsgewalt sich verstecken können hinter der fremden Uniform. — Nicht mehr werden sie alles, was an Not durch ihre Ausbeutung erzeugt wird, abschieben können auf die Schultern der fremden Truppen. Sie werden selbst die Verantwortung tragen müssen für das, was sie dem Proletariate zumuten zu Nutzen ihrer Kassen und ihrer Macht. **Das Proletariat am Rhein, das deutsche Proletariat wird nun schneller und leichter Gelegenheit haben, festzustellen, ob es ihm auch nur um einen Deut besser geht, wenn deutsche Schupo die Straße beherrscht, als zuvor, da französisches Militär die Macht in Händen hielt.** Der deutsche Arbeiter wird nun schneller als zuvor erkennen, wer wirklich seine Ausbeuter sind und gegen wen sich sein Kampf zu richten hat. Deshalb begrüßen auch wir den Abzug der französischen Besatzung."

Am Schlusse seines Aufsatzes stellt Zweiling die unwahre Behauptung auf, daß den „französischen, belgischen und britischen Genossen das Verdienst gebührt, daß die völkerverhetzende Wirkung der Rheinlandbesetzung fünf Jahre früher beendet worden sei, als es der Versailler Vertrag vorgesehen habe". Diesen sei es vor allem zu danken, daß „die deutschen Proletarier fünf Jahre früher von der den Klassenkampf verwirrenden und störenden nationalen Verhetzung befreit worden seien". Der Schluß dieses Artikels lautet wörtlich:

„An ihrer sozialen Unfreiheit, an ihrer Ausbeutung, an ihrer Not wird nichts geändert durch das Glockengeläute am Rhein, noch durch das, was die Veranlassung dazu hat. Das Rheinland ist nicht frei! Deutschland ist nicht frei! Sie schmachten nach wie vor unter den Stlavenketten kapitalistischer Ausbeutung. Die Schlacht um die Freiheit des Rheins, die Schlacht um die Freiheit Deutschlands wird erst noch geschlagen werden müssen. Schlagen werden sie die deutschen Proletarier, und der Feind, der ist nicht abgezogen, der wird freiwillig nie abziehen, der steht im eigenen Land, er heißt: Die deutsche Bourgeoisie!"

Die Sozialdemokratie wird es nicht gut vermögen, den Genossen Dr. Claus Zweiling, den Chefredakteur der sozialdemokratischen „Volkszeitung für das Vogtland", von ihren Rockschößen abzuschütteln. Denn Zweiling spielt in der sozialdemokratischen Parteiorganisation Sachsens außerdem eine führende Rolle und ist einer der einflußreichsten Funktionäre der sächsischen Sozialdemokratie. Mit der Vergeßenheitsphrase vom Naturschutzpark Sachsen wird man auch im Reichsparteivorstand der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr gut auskommen können. Was sich hier offenbart, ist eine verworfene Gesinnung, eine ekatante Illustration zu dem Worte Crispiens, daß „die Sozialdemokratie kein Vaterland kenne, das Deutschland heißt".